

Kreisrundbrief Mai/Juni 2011



Fukushima mahnt: Alle AKWs abschalten:

40.000 waren am 26.3.
auf dem Odeonsplatz!



Mit dabei: rund 100
Grüne aus dem
Landkreis

Kreisverband München-Land

info@gruene-ml.de
www.gruene-ml.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Inhaltsverzeichnis

Einladung zur Kreisversammlung am 4. Mai 2011	Seite 4
Einladung zur Kreisversammlung am 1. Juni 2011	Seite 4
Seminarreihe für interessierte aus den Ortsverbänden	Seite 4
Big Brother Award	Seite 5
Serie: Web 2.0	
Netzsperrern: Die Entstehung einer Zensur Infrastruktur verhindern	Seite 6
Clickjacking: Raffnierte Maus Entführung im Internet	Seite 7
Der Facebook Like Button	Seite 8
Facebook-Likejacking: Clickjacking-Würmer im Sozialen Netzwerk	Seite 8
Wer hat von meinem Tellerchen gegessen? Eine Falle für Neugierige	Seite 9
Der Kreisverband in Facebook	Seite 10
25 Jahre Tschernobyl	Seite 10
Bildungsreise nach Straßburg	Seite 15
Bildungsreise "Die Wirtschaft wird Grün"	Seite 15
Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands	Seite 16
Bericht aus dem Kreistag	
Vier neue Landschaftsschutzgebiete im Landkreis	Seite 19
Bericht aus dem Landtag	
Einladung in den Landtag "Open Government"	Seite 20
Bericht aus dem Bundestag	
So langsam baut der Bund	Seite 21
Protokoll der Kreisversammlung vom 02.03.2011	Seite 24
Protokoll der Kreisversammlung vom 06.04.2011	Seite 30
Terminübersicht	Seite 35
Kontaktadressen	Seite 39



Liebe Freundinnen und Freunde!

„Nie wieder Tschernobyl!“ lautet der Titel des Vortrags, den Antje Wagner und Markus Büchler in diesen Wochen landauf und landab in vielen Gemeinden des Landkreises und bayernweit halten. Fünfundzwanzig Jahre nach der Reaktorkatastrophe sollte dieser Titel die politische Forderung erneuern: Aussteigen aus der tödlichen Technologie, damit so etwas nie wieder geschieht! Am 11. März 2011 hat uns die Realität eingeholt. „Nie wieder Fukushima!“ könnte es nunmehr ebenso lauten. Und viele von uns erleben damit schon zum zweiten Mal in ihrem Leben eine Atomkatastrophe, wie sie nach den Verheißungen der Kernkraftpropheten nur alle Jahrhunderttausende hätte eintreten dürfen.

Einen Moment lang konnte es so aussehen, als seien jetzt fast alle politischen Lager sich einig im Ausstieg. Schon einen Monat nach Fukushima beginnt der Zerfall der politischen Schwüre. Aus dem „Ja“ zum Ausstieg wird vielfach schon wieder ein „Ja aber“. Die propagandistischen Lügen vom Energienotstand ohne Atomkraft werden aus der Mottenkiste geholt. Und die Atomkonzerne stellen frech Schadenersatzforderungen in Aussicht. Private Gewinne auf öffentliches Risiko, wie gehabt.

Machen wir uns nichts vor: Auch nach Fukushima ist der Kampf für den Ausstieg aus der Atomkraft noch keineswegs gewonnen. Aber die im vergangenen Jahr neu erstarkte Bürgerbewegung wächst und wird weiter wachsen, wenn wir nicht nachlassen, Vortragsveranstaltungen, Demonstrationen und Mahnwachen zu organisieren und uns mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Gemeinsam schaffen wir die Wende: Raus aus Konzernmacht und tödlicher Großtechnologie, hin zu optimal vernetzten kleinräumigen Strukturen erneuerbarer Energien. Das muss der Weg sein. Gehen wir ihn weiter! Schluss mit Atomkraft! Jetzt endlich!

Dieser Kreisrundbrief enthält auch die Einladung zur Kreisversammlung im Mai. Es wird ein neuer Kreisvorstand gewählt. Unsere Sprecherin Luitgart Dittmann-Chylla tritt nicht mehr an. Anstelle von Luitgart kandidiert Antje Wagner aus Grünwald als Sprecherin. Weitere Kandidaturen auf alle Vorstandsposten sind willkommen. Wir bitten um vorherige Mitteilung.

Es begrüßt Euch Euer Kreisvorstand

Luitgart Dittmann-Chylla, Markus Büchler, Volker Leib, Peter Triebswetter, Robert Gerb, Wolfgang Schmidhuber, Anna Schmidhuber, Maria Kammüller, Kirsten Siebert und Antje Wagner

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG, 4. MAI 2011

Tagesordnung:

TOP 1: Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes, Kassenbericht und Entlastung des Vorstands

TOP 2: Neuwahl des KV-Vorstands

TOP 3: Wahl von zwei RechnungsprüferInnen

TOP 4: Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, dem Landtag und dem Parteirat

TOP 5: Sonstiges

Beginn 20 Uhr

Ort: **Landesgeschäftsstelle** (LGS), Sendlinger Tor 47

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG, 1. JUNI 2011

Tagesordnung:

TOP 1: Toni Hofreiter, MdB berichtet über aktuelle Themen aus dem Bundestag

TOP 2: Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, dem Landtag und dem Parteirat

TOP 3: Sonstiges

Beginn 20 Uhr

Ort: **Landesgeschäftsstelle** (LGS), Sendlinger Tor 47

SEMINARREIHE FÜR INTERESSIERTE AUS DEN OVS

21. Mai 14-16 Uhr KassiererInnen - Seminar mit Antje und Peter

Tipps und Tricks für eine gelungene Kassenführung

2. Juli 11-13 Uhr "Ökologische Bauleitplanung" mit Luitgart

Möglichkeiten einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung im Bebauungsplan.

Ort: **Landesgeschäftsstelle** (LGS), Sendlinger Tor 47
Anmeldung ab sofort: gf@gruene-ml.de oder 089-6415304

Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27

BIG BROTHER AWARD 2011

Die BigBrotherAwards Deutschland wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern – sie sollen missbräuchlichen Umgang mit Technik und Informationen zeigen. Auf der Seite <https://www.bigbrotherawards.de/> kann man die Preisträger der diesjährigen elften Verleihung ansehen.

Hier die beiden Preisträger aus der Kategorie Kommunikation:

Facebook und an Apple GmbH München.

Kommunikation (1): Facebook Deutschland GmbH

Der BigBrotherAward 2011 in der Kategorie "Kommunikation" geht an die Facebook Deutschland GmbH für die gezielte Ausforschung von Menschen und ihrer persönlichen Beziehungen hinter der netten Fassade eines vorgeblichen Gratisangebots. Die gesammelten Daten speichert Facebook in den USA – Zugriff für Geheimdienste möglich, Löschen nicht vorgesehen. Per „Freundefinder“ und "Handy-App" eignet sich Facebook Telefonnummern und Mailadressen aus den Adressbüchern der Nutzer an. Der "Gefällt-mir"-Button auf fremden Webangeboten verpetzt auch ohne Anklicken alle Besucher der Seite an Facebook. Mit Facebook wuchert eine Art zentrale „Gated Community“ im Netz, in der Menschen auf Schritt und Tritt beobachtet werden. Hier herrscht die Willkür eines Konzerns und der verdient mit systematischen Datenschutzverstößen Milliarden.

Kommunikation (2): Apple GmbH, München

Ein weiterer BigBrotherAward 2011 in der Kategorie „Kommunikation“ geht an die Apple GmbH in München für die Geiselnahme ihrer Kunden mittels teurer Hardware und die darauf folgende Erpressung, den firmeneigenen zweifelhaften Datenschutzbedingungen zuzustimmen. Wer sich für mehrere hundert Euro ein schickes neues iPhone gekauft hat, will es auch nutzen. Die Kunden haben quasi keine Wahl, den 117 iPhone-Display-Seiten mit Datenschutzbedingungen nicht zuzustimmen, denn sonst könnten sie ihr teures Gerät maximal zum Telefonieren nutzen. Insbesondere die Lokalisierungs- oder Standortdaten der Nutzer werden von App-Betreibern und Werbekunden gerne genutzt, um speziell zugeschnittene Werbung zu platzieren.

Quelle: www.bigbrotheraward.de

SERIE: WEB 2.0

Netzsperrn: Die Entstehung einer Zensur-Infrastruktur verhindern

Am 18. Juni 2009 beschloss der Bundestag per namentlicher Abstimmung das Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz – ZugErschwG). Es verpflichtet die großen Internet-Provider, Besucher kinderpornografischer Seiten auf eine vom BKA gestaltete Seite mit einem großen roten Stopp-Schild umzuleiten. Dazu sollten im DNS, dem zentralen „Internet-Adressbuch“, die betreffenden Adresseinträge verfälscht werden. Das Verfahren ähnelt dem Versuch, Leute dadurch von einem Anruf bei Beate Uhse abzuhalten, dass man ihre Nummer im öffentlichen Telefonbuch durch die Nummer der Sittenpolizei ersetzt. Wer die Nummer schon weiß oder sich ein anderes Adressbuch verschafft, wird darüber nur lachen. Das dazu nötige Internetwissen steht heute jeder Hauptschülerin und jedem Hauptschüler zur Verfügung.

Gegner des Gesetzes forderten deshalb „Löschen statt sperren!“. Die gesetzwidrigen Seiten sollten direkt von den Servern der Anbieter entfernt werden, statt nur den Zugang zu ihnen zu erschweren. Kritisiert wurde vor allem, dass durch die für das Sperren von Seiten nötigen technischen Vorkehrungen bei BKA und Providern eine Zensur-Infrastruktur geschaffen werde, die sich jederzeit auch für andere Bereiche anwenden ließe.

Der Bundespräsident unterzeichnete schließlich das Gesetz nach einigem Zögern und so trat es am 23. Februar 2010 in Kraft. Allerdings wies das Innenministerium das BKA sofort an, die im Gesetz vorgesehenen Sperrlisten nicht zu erstellen, so dass das Gesetz de facto nicht zur Anwendung kam. Am 5. April 2011 beschloss der Koalitionsausschuss der Bundesregierung, das Gesetz wieder aufzuheben.

Ende gut, alles gut? - Im Entwurf des neuen Glücksspiel-Staatsvertrags zwischen den Bundesländern, der im Zuge einer beabsichtigten Privatisierung der Sportwetten erfolgt, gibt es einen Passus, der die Internet-Provider dazu verpflichten soll, den Zugang zu unerlaubten Glücksspielangeboten zu unterbinden. „Netzsperrn durch die Casino-Hintertür“ titelt Zeit Online. Wachsamkeit ist angebracht, damit nicht auf diesem Weg doch noch eine Zensur-Infrastruktur geschaffen wird.

Clickjacking: Raffinierte Maus-Entführung im Internet

Bereits seit etwa zwei Jahren existiert eine Technik, durch die Angreifer die Besucher von Internetseiten dazu verleiten können, weit reichende Aktionen auszuführen, ohne es selbst zu bemerken. „Clickjacking“ wird dieser Angriff genannt, in Anlehnung an „Hijacking“, das englische Wort für (Flugzeug-)Entführung. Und in der Tat handelt es sich um ein raffiniertes Manöver, Mausklicks zu „entführen“, so dass sie andere Aktionen auslösen, als der Anwender meint.

Die Angreifer verschaffen sich Zugang zu dem Server, auf dem die Internetseite abgelegt ist und betten Programmcode in die Seite ein, der dann auf dem Computer des Besuchers ausgeführt wird. Dadurch wird z.B. der sichtbare Seiteninhalt durch ein unsichtbares Fenster überlagert, und während wir auf harmlos aussehende Seiteninhalte zu klicken versuchen, lösen wir in Wirklichkeit ganz andere Vorgänge aus, die z.B. unsere Sicherheitseinstellungen kompromittieren. Auch Tastatureingaben können auf diese Weise „entführt“ werden, so dass z.B. Kennworteingaben in falsche Hände gelangen.

Die einfachste Gegenmaßnahme ist, Internetseiten generell das Ausführen von Programmcode auf dem eigenen Computer zu verbieten. Da solcher Code aber auf vielen Internetseiten auch zu sinnvollen Aktionen verwendet wird, ist das kaum praktikabel. Es gibt jedoch die Möglichkeit, nur bestimmten Seiten das Ausführen von Code (Scripting) zu erlauben, von denen man annehmen kann, dass sie ausreichend gut gewartet werden, um gegen Hacker geschützt zu sein. Wer den Internetbrowser „Firefox“ verwendet, kann sich dazu das Plugin (Zusatzmodul) NoScript installieren und hat dann die Möglichkeit, Scripting nur für einzelne Seiten und dann auch noch wahlweise nur für die augenblickliche Sitzung oder dauerhaft zuzulassen. NoScript beinhaltet darüber hinaus besondere Vorkehrungen speziell gegen Clickjacking. Das macht das Surfen nicht flüssiger aber sicherer. Immerhin kann man sich so bei jeder Seite überlegen, was man erlauben will. Das schult die Aufmerksamkeit, die wir im Internet ohnehin walten lassen sollten. Und man kann auch ganz selektiv Scripte sperren, die von neugierigen Tracking-Seiten eingespielt werden, um unser Surfverhalten zu beobachten und zu analysieren. Ein schöner Nebeneffekt.

Der Facebook Like-Button

Die Bekundung, dass einem eine Aktivität eines anderen Facebook-Teilnehmers gefällt, gehört zu den meistgenutzten Interaktionen auf Facebook. Ohne langen Kommentar „liked“ man so Statusmeldungen, die jemand über sich veröffentlicht, Bilder, die jemand vorzeigt oder Internetinhalte, auf die er/sie verweist. Ein Klick auf die Worte „Gefällt mir“ (engl. „Like“), die unter jedem Facebook-Beitrag erscheinen, genügt, um in die Liste derer aufgenommen werden, die die betreffende Aktivität gutheißen. So weit, so harmlos.



Neben diesem facebook-internen „Gefällt mir“, gibt es aber auch den Facebook-„Like-Button“, der auf beliebigen Internetseiten integriert werden kann. Klickt eine angemeldete Facebook-Benutzerin auf diese Schaltfläche, dann erscheint an ihrer Facebook-Pinnwand die Information, dass sie die besuchte Seite gut findet. So weit, so harmlos. Der Haken: auch ohne dass ein Facebook-Benutzer auf den Button klickt, meldet der damit verbundene Code jeden Besuch dieser Seite an Facebook. Und das ist eine Datenschutz-Lücke ersten Ranges. Der Grünen-Bundesverband rät deshalb davon ab, diesen Facebook-„Like-Button“ auf unseren Internetseiten zu verwenden.

Vergleichsweise harmlos hingegen sind Facebook-Symbole, bei denen einfach nur ein Link zu einem Profil oder einer Organisations-Seite auf Facebook hinterlegt ist. Firefox und Internet-Explorer zeigen unten links in der Statuszeile an, auf welchen Link der Mauspfel gerade zeigt. Die Facebook-Seite des Kreisverbands hat z.B. die Adresse <http://www.facebook.com/pages/Grüne-München-Land/1703577830> Auf das Facebook-Profil des Autors verweist der Link <http://www.facebook.com/wolfgang.schmidhuber> – alles ganz harmlos.



Facebook-Likejacking: Clickjacking-Würmer im Sozialen Netzwerk

Nicht direkt schädlich aber höchst lästig sind neuerdings sich selbst verbreitende Störenfriede (Jargon-Bezeichnung: „Würmer“), die mit Hilfe von Clickjacking-Methoden gefälschte „Likes“ erzeugen und so den

Anschein erwecken, eine Internet-Seite werde von Facebook-Freunden empfohlen. Wer darauf hereinfällt und dieser vermeintlich von einem Freund oder einer Freundin stammenden Empfehlung folgt, die Seite aufruft und dort zum Beispiel versucht, auf den Startknopf für einen Film zu klicken, bekundet damit unwissentlich in seinem Facebook-Profil, dass er diese Seite mag und „empfiehlt“ sie so seinerseits wieder allen Freunden und Freundinnen. So haben in jüngerer Zeit ausgewiesene Frauenrechtlerinnen auf Facebook zum Besuch schlüpfriger Seiten geraten und ernsthafte Politpromis bekundeten ihre Wertschätzung für dämliche Juxfilme. - Gegenmaßnahme: nicht kopflos auf alles klicken, was dazu reizt. Und wenn's schon passiert ist, den betreffenden Pinnwandeintrag löschen.

Wer hat von meinem Tellerchen gegessen? Eine Falle für Neugierige

In einem Punkt ist Facebook gar nicht geschwätzig: wir erfahren nicht, wer unser Profil besucht hat. Auf Lokalisten finde ich diese „Auf-Dich-Klicker-Funktion“ ziemlich lästig, weil dadurch das bloße Betrachten einer Seite schon zur Interaktion wird, durch die der Profilbesitzer sich angesprochen fühlt, auch wenn wir ihn nach Kenntnisnahme seines Bildes und seiner Vorlieben gänzlich uninteressant finden. Facebook ist da diskreter.

Aber Menschen sind neugierig und so verfangen immer wieder Angebote von Anwendungen, die versprechen, uns zu verraten, wer uns besucht hat. Facebook betont, keine solchen Anwendungen zuzulassen. Also sind diese Angebote immer eine Täuschung und manchmal sind sie verbunden mit Arglist.



Ein solches Angebot steckt auch hinter der „Blauen Facebook-Uhr“, die seit Anfang April die Runde macht. Hier wird auch noch die Möglichkeit ausgenutzt, Personen auf Bildern in Facebook zu markieren, worüber ihnen und allen Freunden automatisch Mitteilung gemacht wird. Wer auf die Uhr klickt, empfiehlt damit nicht nur allen Freunden, es ihm gleich zu tun, sondern sie werden auch noch auf dem Uhrenbild „markiert“, was wiederum alle ihre Freunde erfahren, die dadurch auch die Uhr sehen und draufklicken und so setzt die Welle sich fort. Gegenmittel beschreibt <http://grassi2000.com/2011/04/09/>.

Wolfgang Schmidhuber

DER KREISVERBAND IN FACEBOOK

Facebook-Seite für den Kreisverband

Seit Mitte März gibt es eine Facebook-Seite des Kreisverbandes. Alle Mitglieder aus dem Kreisverband, die ein Facebook-Profil besitzen, sind herzlich eingeladen, Fans dieser Seite zu werden. Parallel zur Homepage bekommt ihr dort immer ganz aktuell die wichtigsten Infos zum Kreisverband, Veranstaltungstermine und vieles mehr. Sucht einfach auf Facebook nach "Grüne München-Land" und klickt auf "Gefällt mir"! Wir freuen uns auf euch!

Anna Schmidhuber

25 JAHRE TSCHERNOBYL

Nie wieder Tschernobyll!

Eine dokumentarische Reise in den Super-GAU

„Nie wieder Tschernobyll! Eine Reise in den Super-GAU" - so lautete der Titel eines bewegenden Lichtbildvortrags, den Antje Wagner und Markus Büchler nach einer Reise in die sogenannte "Todeszone" um den Reaktor anlässlich des 25. Jahrestages der Katastrophe zeigen. Die Termine der Vortragsreihe waren schon viele Wochen geplant, ehe die schrecklichen Ereignisse im japanischen Atomkraftwerk Fukushima dem Thema eine traurige Brisanz verliehen.



Die beiden Grünen-Mitglieder Antje Wagner, Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Susanna Tausendfreund, und Markus Büchler, Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Toni Hofreiter, fuhren im Sommer 2010 in die Ukraine, um sich die Folgen der Reaktorkatastrophe vor Ort anzusehen.

Wenn bis heute Wild und

Schwammerl in Bayern durch den Super-GAU in der Ukraine vor 25 Jahren spürbar radioaktiv belastet sind, wie schlimm müssen dann erst die Folgen für die Menschen vor Ort gewesen sein - damals und heute? Dieser Frage sollte auf der Reise nachgegangen werden. Jetzt möchten die beiden Reisenden mit ihren erschreckenden Bildern aus Tschernobyl, die sie in ganz Bayern im Rahmen von Veranstaltungen der Grünen halten, den Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung der deutschen AKWs bestärken.

Die Reise führte die Atomkraftgegner nach Tschernobyl und Pripjat. Pripjat ist die am stärksten von der Nuklearkatastrophe getroffene Stadt, drei Kilometer nördlich des AKWs gelegen. Diese ehemals 50.000 Einwohner zählende Stadt ist heute, wie weite Teile des benachbarten Weißrusslands und des russischen Bezirks Brjansk evakuiert, entsiedelt, für immer unbewohnbar.

Anhand von Archivaufnahmen und Videosequenzen zeigten Antje Wagner und Markus Büchler auf, was nach der Katastrophe von den Sowjets zunächst an Lösch- und Aufräumarbeiten geleistet werden musste. Erste und wichtigste Aufgabe war, den Graphitbrand zu löschen, dessen hochradioaktive Rauchfahne ganz Europa massiv bedrohte. Helikopter der Roten Armee warfen Tausende Tonnen Sand, Blei und Zement ab, unter Lebensgefahr für die Besatzungen. Pripjat wurde schon 30 Stunden nach der Havarie aufgegeben. Binnen zweier Stunden transportierten 1200 Bussen alle 50.000 Einwohner ab. Es blieb indes nicht bei der Evakuierung von Pripjat. Wie sich herausstellte, waren riesige landwirtschaftlich geprägte Gebiete unbewohnbar geworden. 350.000 Menschen mussten letztendlich für immer ihre geliebte Heimat verlassen. Ihre Dörfer wurden zum Teil mit schwerem Räumgerät dem Erdboden gleichgemacht.



Die Aufräumarbeiten, die „Liquidation der Folgen“ wie es im Amtsrussisch

heißt, umfassten das Aufsammeln der am stärksten strahlenden Gegenstände in der Region um Tschernobyl sowie den Bau des Sarkophags, einer Ummantelung des explodierten Reaktors. Die meist freiwilligen Helfer werden demnach Liquidatoren genannt. 800.000 Männer und Frauen waren im Einsatz und setzten ihr Leben aufs Spiel. Ein Beispiel: Da ferngesteuerte Roboter aufgrund der Strahlenbelastung ihren Dienst versagten, mussten die durch die Explosion verteilten Bruchstücke vom Dach der benachbarten Gebäude manuell mit dem Spaten entfernt werden. Die Strahlenbelastung war so hoch, dass die Arbeiter, die sich „Bioroboter“ nannten, maximal 40 Sekunden auf dem Dach aufhalten durften. Danach war ihre Lebensdosis an Strahlung erreicht. Sie bekamen eine Urkunde, ein paar Hundert Rubel und durften nach Hause fahren. Wer von uns würde freiwillig oder auf Befehl für 40 Sekunden auf dem Dach von Isar 1 Kernbrennstäbe und seine Lebensdosis Radioaktivität sammeln wollen? Was wäre, wenn niemand diese unausweichlich notwendige Aufgabe übernimmt?

Der Lichtbildvortrag zeigt die Stadt Pripjat heute. Die Einfallstraße, einst ein vielbefahrener Boulevard gleicht einem Forstweg. Links und rechts sind Birken, Erlen und Weiden aufgeschossen, die vielstöckigen Wohnblocks sind kaum erkennbar. Von der Aussichtsterrasse eines Hotels erhält man einen Überblick über die verwilderte Stadt. Der Bildspaziergang führte durch Kulturpalast, Kino, Schwimmbad, Turnhalle. Die Zeit ist hier 1986 plötzlich und unfreiwillig stehen geblieben. Alle Menschen sind weg. Für immer. Es herrscht Totenstille in der Stadt, gespenstisch, unwirklich.

Einzig die Natur kann sich hier ohne menschliche Einflüsse bestens entfalten. Die Rückeroberung der aufgelassenen Landschaften durch die Natur ist ein einmaliger und spannender Vorgang für Biologen und Ökologen. Riesige Tierpopulationen haben sich entwickelt, darunter Wölfe, Elche, Luchse, Wildschweine, Rotwild, Nager und viele andere. Sogar das vom Aussterben bedrohte Przewalski-Pferd fand hier eine neue Heimat. Inwieweit die Strahlung die Tiere schädigt ist umstritten. Klar ist nur eines: es gibt genau eine Spezies, die mit der Strahlung sicher nicht zurecht kommt - das ist der Mensch.

Der Rundgang durch Pripjat führte die Besucher des Vortrags weiter zum Vergnügungspark, der zum 1. Mai 1986 hätte eröffnet werden sollen. Das

Riesenrad, die Schiffsschaukel, der Autoscooter, auf die sich die Kinder gefreut hatten, sollten sich aber nie in Bewegung setzen. Sie wurden zum Symbol für den tragischen Verlust aller Hoffnungen und Zukunftspläne der zumeist jungen Bewohner dieser neu aus dem Boden gestampften Retortenstadt und bleiben als Mahnmal stehen, bis der Rost sie zusammenfallen lässt.



Es geht weiter in Schule und Kindergarten, den traurigsten Orten des visuellen Rundgangs. „Schützen wir unsere heimatliche Natur!“ steht auf einer roten Fahne, heruntergerissen im Staub am Boden liegend. Der Naturschutz war, wie bei uns, in den Achtzigern auch in der Sowjetunion ein wichtiges Thema. In der Aula des Schulgebäudes zeigt sich ein Meer aus Kindergasmasken. Diese Masken, aus Furcht vor einem Giftgasangriff des Westens stets bereit gehalten, wurden den Kindern am Tag nach der Explosion und vor der Evakuierung aufgesetzt. Natürlich schützten sie nicht vor Strahlung, vermindern aber immerhin die Inhalation radioaktiven Staubs.

Die Bilder aus dem Kindergarten sind ergreifend. Die Kinderspielsachen in den Gruppenräumen, die Puppen, die Kuscheltiere, die Rutscheautos: alles steht spielbereit da, aber das Berühren ist streng verboten. Die Strahlung ist zu hoch. Nie wieder wird ein Kind die Puppen in die Hand nehmen können. Der Bildervortrag führte durch Kindertoiletten, Kinderwaschraum und Kindergarderobe zum Schlafsaal, wo die Betten für immer auf müde Kinder warten. Was mag aus den Kindern geworden sein, die hier geschlafen haben? Wieviele von ihnen werden Schilddrüsenkrebs



bekommen haben, Operationen und Chemotherapien durchlitten haben und bis heute an den Folgen leiden? Genaue Zahlen gibt es nicht, da die Bewohner in alle Teile der Sowjetunion verzogen sind. Immerhin gibt es amtliche Statistiken über Krebsraten in den umliegenden Gebieten Weißrusslands, Russlands und der Ukraine außerhalb der Sperrzone. Diese sind erschreckend. Insgesamt ist mit 30.000 bis 60.000 zusätzlichen Todesfällen durch Krebs zu rechnen. Hinzu kommen Todesfälle durch andere Krankheiten wie beispielsweise Herz-Kreislauf-Krankheiten aber auch durch Selbstmord.



Der Besuch der Sperrzone ist für jeden, der sich für die Risiken der Atomkraft interessiert, lohnend. Den Anblick des Kinderspielzeugs, die Gasmasken, die gespenstische Leere in der Stadt werden die beiden Reisenden nicht vergessen und bleiben vielleicht auch im Gedächtnis der Besucher des Vortragsabends hängen.

Wer sich über das unendliche Leid der 350.000 entwurzelten Evakuierten und der 800.000 Liquidatoren informiert hat, kann in Fragen der Atomkraft nicht mehr schwanken und zögern. Auch wenn von den Profiteuren der Atomreaktoren noch so oft behauptet wird, unsere AKWs seien sicher:

Alleine der Gedanke an einen Flugzeugabsturz auf einen Atomreaktor macht sofort klar: Atomkraft ist unverantwortlich, Atomkraft verzeiht keine Fehler! Deshalb kann es nur eine Reaktion auf Tschernobyl und Fukushima geben: weg von der Atomkraft, hin zu erneuerbaren Energien.



Antje Wagner, Markus Buechler

BILDUNGSREISE NACH STRASSBURG



Auf Einladung von Gerald Häfner, MdEP waren Joachim (Gräfelting), Ingrid (Grünwald) und Lutz (Pullach) nach Straßburg gefahren.

Sie informierten sich über die Arbeit des Europäischen Parlaments, konnten an einer Sitzung teilnehmen und Straßburg erkunden.

BILDUNGSREISE "DIE WIRTSCHAFT WIRD GRÜN"

Das GRIBS-Bildungswerk e.V. und die Petra-Kelly-Stiftung veranstalten Ende August eine interessante Bildungsreise zu Nachhaltigkeitsprojekten in Bayern (und "Grenzgebiet" Baden-Württembergs).

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, daher empfiehlt sich eine rasche Anmeldung.

Mittwoch, 31. August 2011 bis Freitag, 2. September 2011

Die Wirtschaft wird grün! - Eine Bildungsreise durch Bayern

Die Bildungsreise zeigt anhand von konkreten Projekten aus

verschiedensten Wirtschaftsbereichen, wie eine "grüne Wirtschaft" aussehen kann. Dabei steht der ländliche Raum im Mittelpunkt.

Themen sind: Bildung für Nachhaltigkeit, Produktion und Vermarktung ökologischer Lebensmittel, Solarwirtschaft, umweltfreundlicher Verkehr, grüne Finanzdienstleistungen, ökologische Holzhäuser. Die Reise führt zu kommunalen Initiativen ebenso wie zu mittelständischen Unternehmen und macht Station in der Oberpfalz, in Mittelfranken, in Schwaben und im Allgäu.

Die Reise beginnt am Mittwoch, 31. August 2011, um 10:15 am Bahnhof in Neumarkt/Oberpfalz und endet am Freitag, 2. September 2011, wahlweise am Hauptbahnhof in Augsburg (ca. 17 Uhr) oder Nürnberg (ca. 19 Uhr).

Die Teilnahmegebühr (220,- Euro/ 190,- Euro ermäßigt) beinhaltet neben dem Besuchsprogramm die Bustransfers, Abendessen und Übernachtung im Einzelzimmer (Mittwoch und Donnerstag), Frühstück (Donnerstag und Freitag) sowie Mittagessen (Mittwoch bis Freitag).

Das detaillierte Programm der Reise könnt Ihr hier herunterladen:

www.petrakellystiftung.de/fileadmin/user_upload/newsartikel/Flyer/GND_Bildungsreise.pdf

Quelle: www.gribs.net

RECHENSCHAFTSBERICHT DES KREISVORSTANDS

Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes 2010/2011

Sprecher/in: Luitgart Dittmann-Chylla und Markus Büchler

Schriftführer: Dr. Volker Leib; Kassier: Peter Triebswetter

Beisitzer/innen: Maria Kammüller, Anna Schmidhuber, Kirsten Siebert, Robert Gerb, Wolfgang Schmidhuber

Amtszeit: 06.05.2010 bis 04.05.2011

Mitgliederzahl: 318 (Stand 31.03.2011)

1. Vorstandssitzungen

10 Vorstandssitzungen, jeweils vor den Kreisversammlungen

2. Kreisversammlungen

- 05.05.2010 Kreisversammlung mit Vorstandswahl
- 09.06.2010 Eike Hallitzky MdL zum Desaster bei der Bayerischen Landesbank
- 07.07.2010 Ausgefallen wegen Fußball-WM
- 15.09.2010 Prof. Dr. Ernst Schimpff: „Landwirtschaft - Klimakiller oder Klimaretter?“
- 06.10.2010 Dieter Janecek, Landesvorsitzender: „Wachstum ohne Ende?“
- 10.11.2010 Grüne Jugend und Ludwig Hartmann MdL „Jugend bewegt“
- 01.12.2010 Anna und Wolfgang Schmidhuber:
„Informationsfreiheitsgesetz“
- 12.01.2011 Neujahrsempfang mit Susanna Tausendfreund, MdL und Dieter Janecek, Landesvorsitzender
- 02.02.2011 Anja Edelhäuser, Referentin für Asyl- und Migrationspolitik, Frauenpolitik der Grünen Landtagsfraktion berichtet
- 02.03.2011 Susanna Tausendfreund MdL: Halbzeitbilanz der Legislaturperiode im Landtag
- 06.04.2011 Siegfried Schimpf: „Kürzung der Solarförderung“
- 04.05.2011 Kreisversammlung mit Vorstandswahl

3. Kreisrundbrief und Rundmails

- 6 Kreisrundbriefe mit wachsender Informationsdichte
- ca. zweiwöchentlich Newsletter an alle Mitglieder und Sympathisanten.

4. Pressearbeit - Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit zu verschiedenen Themen, siehe www.gruene-ml.de →
Presse

Aufgrund des Rückzugs der Tageszeitungen aus der Lokalberichterstattung gelingt es am ehesten durch Aktionen in der Tagespresse zu erscheinen. Gute Berichterstattung erreichten wir beim Volksbegehren, durch die Veranstaltungsreihe „Nie wieder Tschernobyl“ bzw. durch Initiativen der Kreistagsfraktion.

Um dennoch unsere Wählerinnen und Wähler erreichen zu können, setzten wir auf das neue Medium der OV-Zeitungen. In der ersten Ausgabe

beteiligten sich erfreulicherweise gleich 10 Ortsverbände.

5. Volksbegehren Nichtrauchererschutz

04.07.2010 Beim Volksentscheid erreichten wir 63,2% Ja-Stimmen im Landkreis München und lagen damit über dem Landesschnitt. Volksbegehren und Volksentscheid zum Nichtrauchererschutz wurden maßgeblich vom Einsatz der Grünen getragen, insbesondere durch die vielen Engagierten in den Ortsverbänden.

6. Veranstaltungen, Aktionen, Fortbildungen

Oktober 2010: Familien-Bergtour ins Höllental mit 43 TeilnehmerInnen

Februar 2011: Bildungsreise ins Europäische Parlament

Seminare für Aktive in den Ortsverbänden:

- Februar 2011 Präsentieren mit Persönlichkeit
- OV-KassiererInnen-Seminar

Veranstaltungsreihe „Nie wieder Tschernobyl“ von Antje und Markus mit 12 Veranstaltungen im Landkreis

Unterstützende Beteiligung an Veranstaltungen der Ortsverbände

7. Arbeit auf Landes- und Bundesebene

September 2010: Beteiligung an der Menschenkette in München

Oktober 2010: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Freiburg

November 2010: Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Würzburg

Bayernweite Kreisvorständetreffen des Landesverbands

Teilnahme an Veranstaltungen des Landesverbands und GRIBS, z.B.

- GRIBS-Kongress Mai 2010
- Dezember 2010: Zukunftskongress des Landesverbands in Bamberg
- Februar 2010: Fachtagung „Ländlicher Raum - mit gutem Beispiel voran!“

8. Finanzbericht

wird voraussichtlich am 4.5.2011 in der Kreisversammlung vorgelegt

31.03.2011, für den Vorstand: Markus

BERICHT AUS DEM KREISTAG

Vier neue Landschaftsschutzgebiete im Landkreis



Markus Büchler, Susanna Tausendfreund MdL und Manfred Berger, pensionierter Umweltreferent im Landratsamt (v.l.n.r.) erläutern auf einer Pressekonferenz die 4 geplanten Landschaftsschutzgebiete im Landkreis München.

Die Grünen äußerten Unverständnis über die Aufregung, die seitens der CSU unter Grundstücksbesitzern und Landwirten geschürt wird. Die Aufregung ist indes völlig unnötig: die ordnungsgemäße Landwirtschaft ist in den Verordnungsentwürfen ausdrücklich erlaubt. Die Ausweisung dient in erster Linie der Vermeidung weiterer Bebauung und Zersiedelung der Landschaft. Wenn die CSU nun die Grundstücksbesitzer gegen Landschaftsschutzgebiete aufhetzt, kann das nur bedeuten, dass sie weitere Freiflächen zubauen möchte, die dringend für Erholungszwecke und zur Erhaltung der Lebensqualität im Landkreis München erhalten bleiben sollen. Wir Grüne treten dagegen für die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein, die Freiflächen und Erholungsflächen erhalten möchten.

Markus Büchler

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Einladung in den Bayerischen Landtag am 11. Mai 2011

Open Government – Auf dem Weg zur offenen Verwaltung

Transparenz in der Verwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Umgekehrt profitiert die Verwaltung durch Beiträge der Bevölkerung oder eine breitere Nutzung öffentlicher Daten durch alle Behörden.

Die moderne Verwaltung setzt also nicht mehr auf das Amtsgeheimnis, sondern auf Bürgerbeteiligung: Die Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung soll zu mehr Transparenz, mehr Teilhabe, zu einer effizienteren Zusammenarbeit und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen. Für diese Entwicklung hat sich der Begriff Open Government herausgebildet. Dabei werden insbesondere die Möglichkeiten des Web 2.0 für die Interaktion zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürger genutzt.

Wir möchten die Chancen, die Open Government für eine moderne Demokratie bietet, kennenlernen, aber auch mögliche Risiken, zum Beispiel in Punkto Datenschutz, möchten wir nicht ausblenden. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns und mit Experten über das Phänomen Open Government, ihre Erfahrungen mit konkreten Open Government-Projekten und über die Perspektive, die Open Government für eine Demokratie der Zukunft bietet zu diskutieren.

Susanna Tausendfreund, MdL, Innenpolitische Sprecherin

Programm

- 18:30 – 18:45 **Begrüßung**
Susanna Tausendfreund, MdL, innenpolitische Sprecherin
- 18:45 – 19:45 **Diskussionsbeiträge**
- **Anke Domscheit-Berg**, selbstständige Beraterin für Open Government, Vorstandsmitglied des Government 2.0 Netzwerks Deutschland
- [Open Government – was ist das?]

- **Dr. Marcus Dapp**, IT-Strategie der bayerischen Landeshauptstadt München und Initiator des Open Government Projekts «MOGDy»,
[Erfahrungen mit dem MoGDy]
- **Dr. Florian Roth**, Grüner Stadtrat München,
[Chancen für mehr Bürgerbeteiligung durch Open Government in der Landeshauptstadt München]
- **Annette Schubert**, persönliche Referentin des Freiburger Bürgermeisters, Projektgruppe Freiburger Bürgerhaushalt,
[Erfahrungen mit dem Freiburger Bürgerhaushalt]

19:45 – 20:30 Podiumsdiskussion mit den Experten

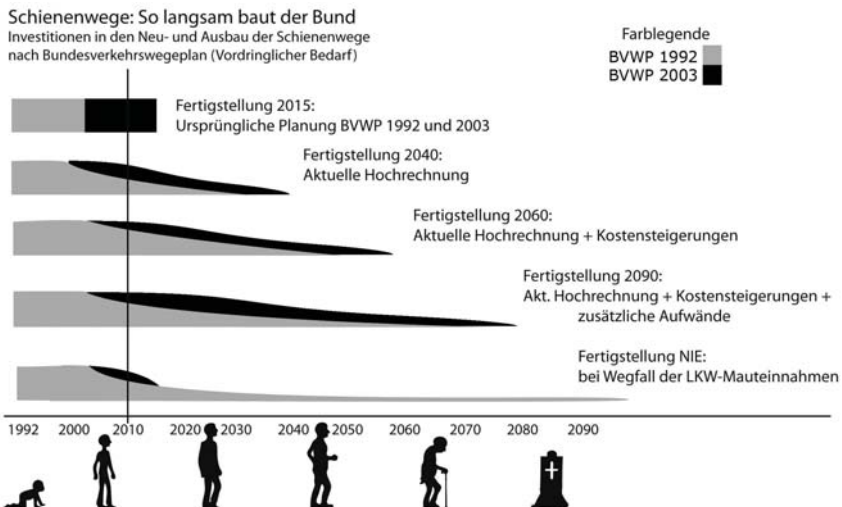
20:30 – 21:00 Offene Diskussion mit dem Publikum

Anmelden: Antje Wagner, Tel: 089/4126 - 2774, Fax: 089/4126 – 1010,
antje.wagner@gruene-fraktion-bayern.de

BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

So langsam baut der Bund:

Chronische Unterfinanzierung der Schieneninvestitionen



*Investitionen in den Neu- und Ausbau der Schienenwege nach Bundesverkehrswegeplan
(Vordringlicher Bedarf)*

So langsam treibt der Bund den Aus- und Neubau seiner Schienenwege voran. Im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist gesetzlich vorgeschrieben, welche Bauvorhaben in einem bestimmten Zeitraum gebaut werden sollen. Da der BVWP chronisch unterfinanziert ist, werden momentan noch die Projekte aus dem BVWP aus 1992 abgearbeitet, obwohl der Nachfolge-BVWP aus 2003 schon 2015 abläuft.

Unter der großen Koalition 2005-2009 und der aktuellen schwarz-gelben Koalition wurden die Investitionen in das umweltfreundliche und vom Erdöl unabhängige Verkehrsmittel Eisenbahn weiter zurück gefahren.

Derzeit investiert der Bund nur 1,1 Milliarden Euro - so wenig wie noch nie.

- a) Rechnet man den aktuell verbleibenden Finanzbedarf für die Realisierung der BVWP-Projekte von 37 Milliarden Euro hoch, so ist mit einer Fertigstellung des letzten BVWP-Schienenprojektes im Jahre 2040 zu rechnen.
- b) Rechnet man auch die üblichen Kostensteigerungen hinzu, erhält man eine theoretische Fertigstellung des letzten BVWP-Schienenprojektes im Jahre 2060.
- c) Wenn man ferner berücksichtigt, dass auf den Bund ferner Investitionen für das moderne europäische Verkehrsleitsystem ERTMS/ETCS 5 Milliarden, für andere verbindlich vereinbarte internationale Verkehrsprojekte 15 Milliarden Euro sowie für strengere Lärmschutzaufgaben einen weiteren unbekanntem Milliardenbetrag zukommen, verschiebt sich die Fertigstellung auf das Jahr 2090. Rund 100 Jahre nach Projektbeginn! Länger als ein Menschenleben.
- d) Würde der Bund, wie einige populistische Koalitionspolitiker fordern, nicht mehr einen Teil der LKW-Mauteinnahmen dem Verkehrsträger Schiene zur Verfügung stellen, wäre jeglicher Aus- und Neubau sofort gestoppt.

Schienenwege werden jetzt gebraucht - nicht erst 2090

Tragisch ist: die meisten Schienenprojekte des BVWP werden schon jetzt gebraucht, um das Anwachsen des Verkehrs, hauptsächlich des Güterverkehrs, zu bewältigen. Für unsinnige Projekte des BVWP wie beispielsweise die Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt lässt sich mühelos sinnvoller Ersatz mit einem mehrfachen Bauvolumen finden. Wer eine pünktliche und attraktive Bahn will, wer Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern will, kommt nicht umhin, viele Investitionen über den bestehenden BVWP hinaus zu tätigen: Zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger brauchen wir eine Verbesserung der Bahnhofsinfrastruktur, den Ausbau eingleisiger Strecken, die Elektrifizierung vieler Nebenstrecken, die Beseitigung von Engpässen unter Berücksichtigung eines Deutschlandtaktes, mehr LKW- und Autoverladestellen u.v.a.m.

Bei der aktuellen Finanzausstattung des Schienenbaus unter der Regierung Merkel ist an all das in diesem Jahrhundert nicht zu denken.



Toni Hofreiter, MdB

PROTOKOLLE

Protokoll der Kreisversammlung am 2.03.2011

TOP 1: Bericht von Maria Kammüller zur Tagung „Ländlicher Raum – mit gutem Beispiel voran!“

Die Fachtagung wurde von GRIBS und den drei grünen Bundestagsabgeordneten Elisabeth Scharfenberg, Uwe Kekeritz und Toni Hofreiter am 29. Januar 2011 in Heilsbronn veranstaltet. Ziel war es, nachahmenswerte Beispiele vorzustellen, wie im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Probleme der Mobilität, der Nahversorgung und des selbstbestimmten Lebens im Alter angegangen werden können. Drei Projekte wurden ausführlich in Workshops diskutiert:

- Mobilität sichern am Beispiel „Bürgerbus Langenzenn“
- Nahversorgung durch Einrichtung eines Dorfladens am Beispiel des Dorfladens in Gelting
- „Altern und gepflegt werden – Raum für Innovationen“ am Beispiel „Leben im Alter“ in Furth bei Landshut

Mehr Info unter http://www.toni-hofreiter.de/doku_fachtagung.php sowie in Marias Bericht im Kreisrundbrief März/April 2011, S. 9-11.

TOP 2: „Halbzeitbilanz“ im Landtag – Susanna Tausendfreund MdL berichtet



Unsere grüne Landtagsabgeordnete Susanna Tausendfreund aus Pullach kam frisch aus dem Plenum zu uns in die Kreisversammlung. Zunächst gab es über die aktuellen Personalien zu berichten, sowohl in der bayerischen Staatsregierung (Schneider, Huber, Kreuzer) als auch in der grünen Fraktion (Wechsel an der Fraktionsspitze: Martin Runge anstelle von Thomas Mütze).

Rückblick auf die Zeit seit der Landtagswahl 2008:

Barbara Rütting zog sich zurück, Claudia Stamm rückte für sie nach. Sepp Daxenberger starb im August 2010 – dies war ein schwerer Schlag, und es war schwierig für die Fraktion, aus diesem emotionalen Tief wieder herauszukommen. Anne Franke rückte für Sepp in den Landtag nach. Thomas Mütze wurde die zweite Spitze der grünen Fraktion, gab das Amt aber im Februar 2011 wieder auf.

Zusammen mit den Personalwechseln gab es auch thematische Rochaden in der Fraktion, doch Susanna war davon nicht betroffen. Sie ist weiterhin im Kommunal- und Innenausschuss sowie im Rechts- und Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtags. Ausschuss-Webseiten:

http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/xchg/landtag/x/-/www1/519_997.htm

http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/xchg/landtag/x/-/www1/519_995.htm

In der Fraktion ist sie innenpolitische Sprecherin und Sprecherin des AK 3. (Die Landtagsfraktion hat drei thematische Arbeitskreise: AK 1: Gesellschaft, AK 2: Ökologie und Ökonomie, AK 3: Demokratie und Kultur.)

Susannas Hauptthema lässt sich auf den Nenner **„Mehr Demokratie“** bringen, was vor allem bedeutet, **eine neue Kultur der demokratischen Mitbestimmung** zu schaffen. Aufgegliedert geht es um die Punkte:

- Direkte Demokratie stärken
- Kommunale Demokratie weiterentwickeln
- Keine Privatisierung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten
- Gerechte Vertretung in Entscheidungs- und Kontrollgremien
- Verbesserte Informationsrechte

1. Direkte Demokratie stärken

Im Grundgesetz steht: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – durch Wahlen und Abstimmungen. Doch **bundesweite Volksbegehren und Volksentscheide** sind leider noch nicht umgesetzt, beides ist aber dringend notwendig. Im Verfahren ist im Moment die **Europäische**

Bürgerinitiative als Institution in der EU, sie muss aber noch im Detail ausgehandelt werden (Im Grundsatz: 1 Mio. EU-BürgerInnen können die Europäische Kommission anweisen, bestimmte Rechtsakte zu erlassen.)

Volksbegehren und Volksentscheide in Bayern

Ziele sind hier, die 10%-Hürde bei der Eintragung der Wahlberechtigten für ein erfolgreiches Volksbegehren auf 5% zu senken, die Eintragungsfrist von 14 Tagen auf einen Monat zu verlängern und briefliche Eintragung zu ermöglichen.

Analog sollen die Hürden bei **Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden** gesenkt werden. Dabei geht es darum, das Zustimmungsquorum in Gemeinden bis 50.000 Einwohnern von 20% auf 15% zu senken. Außerdem soll die Bindewirkung eines erfolgreichen Bürgerentscheids auf zwei Jahre verlängert werden. Ein Problem sind Bürgerentscheide zu bereits eingegangenen Verpflichtungen.

Aktuelles Beispiel ist das Bürgerbegehren zu Olympischen Spielen 2018 in Garmisch-Partenkirchen. Die Formulierung der Frage war schwierig, doch nicht unmöglich: die BürgerInnen sollen entscheiden, ob die eingegangenen Verträge mit dem IOC überprüft werden sollen.

2. Kommunale Demokratie weiterentwickeln

Grundsätzlich ist das Ziel, die BürgerInnen frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubinden. Dazu müssen neue Methoden ausprobiert werden wie z. B. Befragungen, Workshops, Ideenwerkstätten und Mitentscheidung über Teile des Haushalts („BürgerInnenhaushalt“).

Die Jugendlichen müssen besser einbezogen werden. Ein Jugendparlament braucht auch echte Entscheidungsbefugnisse und einen eigenen Etat. Spezielle Jugendbürgerversammlungen können abgehalten werden und das Wahlalter soll bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt werden.

Alle Einwohner einer Kommune sollen mitbestimmen dürfen, z. B. auf Einwohnerversammlungen. Das Kommunalwahlrecht muss auf hier lebende BürgerInnen aus Nicht-EU-Staaten ausgeweitet werden.

Die Rechte der kommunalen MandatsträgerInnen müssen gestärkt werden, z. B. durch allgemeines Akteneinsichtsrecht, Stärkung des Auskunftsanspruchs, Anspruch auf Unterlagen zur Sitzungsvorbereitung, Ausschluss von d'Hondt bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen.

3. Keine Privatisierung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten

Bei kommunalen und staatlichen Gesellschaften müssen Öffentlichkeits- und Kontrollregeln gelten, die so angelegt sind, dass demokratische Kontrolle effektiv möglich ist. Auf Bundesebene soll das Gesellschaftsrecht dahingehend geändert werden, dass Aufsichtsräte grundsätzlich öffentlich tagen können. Außerdem müssen Geheimverträge verboten und die Kontrollmöglichkeiten verbessert werden.

4. Gerechte Vertretung in Entscheidungs- und Kontrollgremien

Bisher besteht keine Verpflichtung, dass die folgenden Gremien nach Parteienproporz besetzt werden: Zweckverbände, Verwaltungsräte der Sparkassen und der Landesbank, Verwaltungsräte der Kommunalgesellschaften sowie die Aufsichtsräte kommunaler und staatlicher GmbHs. Dies muss geändert werden. Zusätzlich sollte das Weisungsrecht bei Zweckverbänden verstärkt genutzt werden.

5. Verbesserte Informationsrechte

Informationsfreiheit ist ein Bürgerrecht! Ein Informationsfreiheitsgesetz wurde im Bayerischen Landtag abgelehnt, auch mit den Stimmen der FDP-Fraktion, obwohl die FDP im Informationsfreiheits-Bündnis dabei ist. Informationen der öffentlichen Hand gehören der Allgemeinheit, nicht der Behörde. Durch Informationsfreiheit wird die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen transparenter. Transparenz schafft Vertrauen und unterstützt die Pressefreiheit.

(Das Thema Informationsfreiheit war ein eigenes Thema auf der Kreisversammlung im Dezember 2010, siehe dazu den Bericht im Kreisrundbrief Jan-Feb 2011.)

Weitere Aktivitäten Susannas:

Im Bereich **Polizei und Verfassungsschutz**: Initiativen zur Verbesserung der Situation der Polizeibeamtinnen und -beamten (mehr Personal, bessere Bezahlung, schnellere Beförderung, gerechtere Bewertung von Frauen).

Mehr Transparenz bei der Polizei (Beispiel: Wäre nötig gewesen, um den Fall des von Polizisten erschossenen Studenten Eisenberg in Regensburg aufzuklären.)

Forderung, dass Polizisten im Einsatz identifizierbar sein müssen, z. B. durch eine Nummer oder einen Alias-Namen.

Verfassungsschutz: Susanna ist Mitglied im **Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG)**, das den bayerischen Verfassungsschutz überwacht.

Webseite der PKG:

<http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/xchg/landtag/x/-/www1/484.htm>

Eine gewisse Verbesserung wurde dadurch erreicht, dass Bundesstandards in Bayern eingeführt wurden, das bayerische PKG-Gesetz wurde entsprechend novelliert. Es bleibt aber dabei, dass die Rechte nur mit Mehrheit wahrgenommen werden können, es sind keine Rechte jedes einzelnen PKG-Mitglieds.

Ein aktuelles Thema: Änderungen bei der **Stimmkreisverteilung für die Landtagswahl**. Ein neuer Stimmkreis in Oberbayern soll „zufällig“ bei Ingolstadt geschaffen werden, wo Seehofer bisher keinen eigenen Stimmkreis hat, obwohl die Einrichtung eines Stimmkreises dort nicht zum Bevölkerungszuwachs passt. Susannas Büro hat Gegenvorschläge erarbeitet; nach Fasching findet eine Pressekonferenz statt.

TOP 3: Berichte aus den Ortsverbänden

Hohenbrunn: Doku auf der Webseite der Hohenbrunner Grünen über einen geschützten Eichenwald, der teilweise für ein Gewerbegebiet abgeholzt werden soll, obwohl anderswo Platz für das Gewerbegebiet ist.
<http://www.gruene-hohenbrunn.de/themen/eichenwald.html>

Gräfelfing: Bürgerentscheid ging mit 63,5% gegen das Biomasse-Kraftwerk aus. Eine Kampagne, die die Bevölkerung mit Unwahrheiten verängstigte, hat letztlich gesiegt. Traurige Nebenwirkung ist, dass in allen Parteien – auch bei den Grünen – Zwist und böses Blut entstanden ist.

Garching: Lindenallee: zwölf Bäume, die angeblich krank gewesen sein sollen, aber es sicherlich nicht waren, sind in einer Nacht- und Nebelaktion vom Bauhof gefällt worden. Das Holz wurde schnellstens entsorgt, damit nachträglich keine Prüfungen gemacht werden können. Die Grüne Forderung, dass eine solche Aktion VORHER im Stadtrat behandelt werden muss, wurde abgelehnt.

Anwesenheitsliste KV 02.03.2011

Ortsverband	Name
Baierbrunn	2
Brunnthal	
Garching	2
Gräfelfing	1
Grasbrunn	1
Grünwald / Straßlach	1
Haar	
Hohenbrunn	2
Höhenkirchen- Siegertsbrunn	1
Ismaning	
Kirchheim	
Neubiberg	1
Neuried	
Oberhaching	
Oberschleißheim	1

Ottobrunn	
Planegg	
Pullach	1
Putzbrunn	
Sauerlach	
Schäftlarn	
Taufkirchen	1
Unterföhring	1
Unterhaching	2
Unterschleißheim	
Gäste	

Protokoll: Volker Leib

Protokoll der Kreisversammlung am 6.04.2011

Top 1: Die Entwicklung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) – oder: was uns die Photovoltaik (PV) Gutes tun kann

Referent: Siegfried Schimpf, Gehrlicher Solar AG

Einige Stichpunkte aus dem Gespräch, da Vortrag, Fragen und Diskussion ineinander übergangen. Für etwaige Fehler ist der Protokollant verantwortlich.

Ein wesentlicher Grundgedanke des Erneuerbare Energien Gesetzes war und ist: Privatleute investieren in die Erzeugung erneuerbarer Energie und erhalten dafür Geld für den ins Netz eingespeisten Strom. Die Vergütung gibt es für



verschiedenste Erzeugungsarten, nicht nur für Solarstrom. Die Einspeisevergütung ist keine staatliche Subvention, sondern eine Umlage auf die Stromverbraucher.

Das Erneuerbare Energien Gesetz wurde bereits mehrmals novelliert. Die EEG-Novellierung 2009 enthielt bedeutende Änderungen, z. B.:

- Die Vergütung bei großen Dachanlagen (größer 1.000 KW) wurde um ein Drittel gekürzt.
- Eigenverbrauch: Es wurde ein Anreiz geschaffen, den selbst produzierten Strom auch selbst zu verbrauchen.
- Mehr Transparenz: ein Anlagenregister und die Anmeldepflicht von Anlagen wurden vorgeschrieben.

Im Jahr 2010 gab es weitere Änderungen am EEG, vor allem deutliche Kürzungen bei den Einspeisevergütungen für Solarstrom. (Eine Auswirkung ist, dass mehr billigere, asiatische PV-Module verwendet werden!)

Nachfrage dazu aus dem Publikum: Wer haftet bei schlechter Qualität oder Mängeln der Module? Durch die Masse, die bei PV inzwischen umgesetzt wird, gibt es auch schwarze Schafe. Der Gewährleistungsträger für das ausländische Modul ist der Importeur.

Rechnet sich eine PV-Anlage nach den Kürzungen noch? Ja! Selbst für Leute, die nur aufs Geld und weniger auf die Energiewende schauen, ist die Rendite einer PV-Anlage noch hoch genug, um als Anlageform konkurrenzfähig zu sein.

Zur Strompreisbildung: abgesehen von Steuern und Netzentgelten kommt der Strompreis bei den Stromversorgern zu etwa 80% aus festen Lieferverträgen und etwa 20% aus dem Börsenpreis zustande. An der Strombörse kostet der Strom immer so viel wie die zuletzt verkaufte Kilowattstunde – entscheidend für den Preis ist, ob teure Spitzenlastkraftwerke in Betrieb sind, um eine hohe Nachfrage zu decken. Dies treibt den Börsenpreis nach oben. Strom aus Erneuerbaren Energien drückt den Börsenpreis des Stroms nach unten, wenn dank der EE keine teuren Spitzenlastkraftwerke angeschaltet werden müssen. Man denke z. B. an die Mittagszeit, wenn viel Solarstrom ins Netz eingespeist wird und die Elektroherde zum Kochen laufen.

Der Clou an der Sache ist der gesetzliche vorgeschriebene Vorrang der Erneuerbaren Energien im Stromnetz. Das ist den Energiekonzernen ein Dorn im Auge, denn der Vorrang für die Erneuerbaren Energien senkt die

Gewinne der Konzerne an der Strombörse.

Wichtige Bedeutung im Stromnetz hat die Lastregelung. Bei der Verbesserung der Lastregelung wird sich in naher Zukunft vieles tun, denn in die Regelungstechnik zu investieren ist relativ billig im Vergleich zum Umbau des Kraftwerkparks.

Die Energiekonzerne möchten gerne die alten Strukturen behalten, von denen sie stark profitieren. Deshalb wollen die Konzerne die Struktur „zentral-fossil-atomar“ durch „zentral-erneuerbar“ (Desertec, Off-shore-Windparks) ersetzen – und sie werden sich anstrengen, dass die zentralistische Struktur der Stromerzeugung gesetzlich abgesichert wird. Ein Problem ist auch, dass die Wirtschaft zumeist nur an billigem Strom, nicht an sauberem Strom interessiert ist.

Photovoltaik und kommunale Wertschöpfung am Beispiel einer Freiflächenanlage Energiepark Lauingen (Anlagen Helmeringen I-III) (Lauingen)

- Aufträge für Firmen vor Ort (Installation und Pflege)
- Steuern und Pachteinnahmen vor Ort
- Positive Auswirkung auf Biodiversität (Bodenbrüter, Schmetterlinge)

Freiflächenanlagen: Flächenkonkurrenz mit Landwirtschaft? Photovoltaik-Freiflächenanlagen stehen nicht in Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau. Man bräuchte nur ein Prozent der deutschen Agrarfläche für Freiflächenanlagen, um den angestrebten Anteil im EE-Strommix zu schaffen. Der Stromertrag ist vergleichsweise hoch, die Flächen sind nicht versiegelt und es gedeihen eine Menge Pflanzen und Tiere unter und zwischen den Modulen. Zum Vergleich: für gleichen Stromertrag aus Biogas muss ein Vielfaches an Fläche mit Mais-Monokultur bebaut werden.

Diskussion über die Degression bzw. Kürzung der Solarstrom-Vergütungssätze. Die Rückführung ist grundsätzlich richtig, denn die Umlage auf den Strompreis sollte nicht weiter steigen. Kürzung der

Einspeisevergütung ist besser als Deckelung des Zubaus an PV-Anlagen.

Man muss auch bedenken, dass in wenigen Jahren die Netzparität erreicht ist – vielleicht 2012 oder 2013. Netzparität aus Sicht des Stromverbrauchers bedeutet, dass der selbst erzeugte Strom genauso viel kostet, wie wenn der Strom vom Energieversorger bezogen wird. Dann ist der Eigenverbrauch sinnvoll.

Mehr Eigenverbrauch hat wiederum mildernde Auswirkungen auf den nötigen Stromnetzausbau: Die Netzausbauten müssen nicht so massiv sein, wenn immer mehr Haushalte mit PV-Anlagen auf dem Dach auf Eigenverbrauch setzen und ihren Stromverbrauch mit der Eigenproduktion intelligent synchronisieren. Der Strom, der lokal erzeugt und verbraucht wird, muss nicht über lange Leitungen herantransportiert werden.

Top 2: Bericht vom Kreisvorständetreffen in Regensburg am 2. April

Siehe Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 6.04.2011

Anwesenheitsliste Kreisversammlung 6.04.2011

Ortsverband	Name
Baierbrunn	2
Brunnthal	
Garching	1
Gräfelfing	
Grasbrunn	
Grünwald / Straßlach	1
Haar	
Hohenbrunn	4
Höhenkirchen- Siegertsbrunn	2
Ismaning	1
Kirchheim	1
Neubiberg	1

Neuried	1
Oberhaching	
Oberschleißheim	1
Ottobrunn	2
Planegg	
Pullach	
Putzbrunn	
Sauerlach	1
Schäftlarn	
Taufkirchen	2
Unterföhring	1
Unterhaching	3
Unterschleißheim	3
Gäste	

Protokoll: Volker Leib

TERMINÜBERSICHT IM LANDKREIS MÜNCHEN

04.05.2011	Kreisversammlung im Mai Beginn: 20 Uhr, Landesgeschäftsstelle (LGS), Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
07.05.2011	5. Radl-Flohmarkt in Garching von 9.30 – 12.30 Uhr; Bürgerplatz	Garching
07.05.2011	Radl- und Pflanzenflohmarkt in Höhenkirchen-Siegertsbrunn, von 9 - 12 Uhr, Parkplatz "Alter Wirt"	Höhenkirchen- Siegertsbrunn
07.05.2011	Pflanzenbörse und Radlflohmarkt, von 10-12 Uhr, Wöllnerplatz	Pullach
08.05.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost, "Der Hauptmann von Köpenick", Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen- Siegertsbrunn
09.05.2011	"Nie wieder Tschernobyl!" Vortrag in Hohenbrunn Beginn: 19.30 Uhr , Lebensraum Kunst	Hohenbrunn
11.05.2011	"Nie wieder Tschernobyl!" Vortrag in Taufkirchen Beginn: 19.30 Uhr, Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
12.05.2011	"Nie wieder Tschernobyl!" Vortrag in Oberschleißheim Beginn: 20 Uhr, Konferenzraum 1, Bürgerhaus	Oberschleißheim
16.05.2011	"Nie wieder Tschernobyl!" Vortrag in Unterschleißheim Beginn: 19.00 Uhr, Sitzungssaal Bürgerhaus	Unterschleißheim
17.05.2011	"Nie wieder Tschernobyl!" Vortrag in München in der IG in der Karlstraße	München
19.05.2011	"Nie wieder Tschernobyl!" Vortrag in Grünwald, Beginn Beginn: 19.30 Uhr, Bürgerhaus Römerschanz	Grünwald

19.05.2011	Ortsversammlung in Unterhaching mit Susanna Tausendfreund, Beginn: 19.30 Uhr, Kleiner Sitzungssaal im Rathaus Unterhaching	Unterhaching
20.05.2011	GRÜNES KINO Taufkirchen "Ganz normal verliebt" Beginn: 20 Uhr, Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
26.05.2011	GRÜNES KINO, Beginn: 20 Uhr, Bürgerhaus	Pullach
01.06.2011	Kreisversammlung im Juni Beginn: 20 Uhr, Landesgeschäftsstelle (LGS), Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
10.06.2011:	GRÜNES KINO Taufkirchen "Planet Erde" Beginn: 20 Uhr, Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
26.06.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen- Siegertsbrunn
02.07.2011	Ökologische Bauleitplanung - Seminar mit Kreisrätin Luitgart Dittmann-Chylla von 11- 13 Uhr in der Landesgeschäfts-stelle (LGS) Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
06.07.2011	Kreisversammlung im Juli Beginn 20 Uhr in der Landesgeschäfts-stelle Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
16.07.2011	Boule-Picknick, Wiese gegenüber dem Maibaum, Beginn: 14 Uhr	Pullach
17.07.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen- Siegertsbrunn

19.07.2011	Stammtisch der Grünen in Unterhaching Beginn: 19.30 Uhr	Unterhaching
21.08.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegersbrunn
11.09.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegersbrunn
14.09.2011	Kreisversammlung im September Beginn: 20 Uhr, Landesgeschäftsstelle (LGS), Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
16.09.2011	It's Parking Day in Unterhaching, weitere Infos bei den Gemeinderätinnen Gertraud Schubert und Susanna Schweizer	Unterhaching
23.09.2011	GRÜNES KINO Garching "We Feed The World" Beginn: 20 Uhr, Römerhoftheater	Garching
29.09.2011	GRÜNES KINO, Beginn: 20 Uhr, Bürgerhaus	Pullach
05.10.2011	Kreisversammlung im Oktober Beginn: 20 Uhr, Landesgeschäftsstelle (LGS), Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
08.10.2011	Pflanzenbörse und Radflohmarkt, von 10-12 Uhr, Wöllnerplatz	Pullach
09.10.2011	Schafkopfturnier der Grünen Jugend München-Land Südost	Höhenkirchen-Siegersbrunn
16.10.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegersbrunn
22.-23.10.2011	Landesdelegiertenkonferenz (LDK)	Bad Windsheim

06.11.2011	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegersbrunn
09.11.2011	Kreisversammlung im November Beginn: 20 Uhr, Landesgeschäftsstelle (LGS), Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
25.-27.11.2011	Bundesdelegierten-Konferenz (BDK)	Kiel
07.12.2011	Kreisversammlung im Dezember Beginn: 20 Uhr, Landesgeschäftsstelle (LGS), Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27	München
18.12.2011:	Grünes Kino der Grünen Jugend München-Land Südost Beginn 19 Uhr, Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegersbrunn

Regelmäßige Termine des OV Ottobrunn: Jeden Mittwoch um 18:30 Uhr „Grüner Lauftreff“ am Rathaus. Jeden ersten Freitag im Monat um 14:30 Uhr „Grüne Bürgerstunde“, Fraktionszimmer im Rathaus

Termine bitte immer an Antje: gf@gruene-ml.de



Mahnwachen im Landkreis München:

2. Mai 2011: 19 Uhr Rathaus Hohenbrunn

9. Mai 2011: 19 Uhr Rathaus Hohenbrunn

Immer aktuell auf der Internetseite www.gruene-ml.de

KONTAKTADRESSEN

Sprecherin:

Luitgart Dittmann-Chylla
Wallbergstr. 26
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
fon: 08102 / 77 78 08
dittmann-chylla@online.de

Schriftführer:

Dr. Volker Leib
Lindenring 48
82024 Taufkirchen
fon: 089 / 666 11 681
vleib@volker-leib.de

Beisitzerin:

Maria Kammüller
Rathausstraße 16
82008 Unterhaching
fon: 089/61079855
mkamueller@mnet-mail.de

Toni Hofreiter MdB Regionalbüro München

Dr. Volker Leib
Sendlinger Straße 47
80331 München
Tel: 089 / 46136584
Fax: 089 / 46136585
Kernzeit: Mo - Fr. 10-13
anton.hofreiter@wk.bundestag.de
www.toni-hofreiter.de

Geschäftsführerin:

Antje Barbara Wagner
Ebertstraße 6
82031 Grünwald
fon: 089 / 411 744 13
fax:032-12 12 45 170 (NEU)
gf@gruene-ml.de

Vorstand Grüne Jugend München

Vorstand Grüne Jugend München Land Süd Ost

**Landesverband
Grüne Landtagsfraktion
Petra Kelly Stiftung:
GRIBS-Kommunalbüro :**

Sprecher:

Markus Büchler
Freisinger Str. 7
85764 Oberschleißheim
fon d.: 089 / 315 97 215
fax d.: 089 / 315 94 561
buechler@sluis.de

Beisitzerin:

Anna Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089/60850493
gruene@annaschmidhuber.de

Beisitzer:

Wolfgang Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089 / 60 85 04 91
gruene@wschmidhuber.de

Susanna Tausendfreund MdL Landtagsbüro

Maximilianeum
Tel.: 089 / 41 26- 27 74
Fax: 089 / 419 00 491
Tel.(d): 089 / 419 00 490
Tel (p): 089 / 793 42 45
kanzlei@susanna-tausendfreund.de
www.susanna-tausendfreund.de

Bankverbindung:

DIE GRÜNEN München-Land

Kreissparkasse München-
Starnberg
Konto-Nr: 28 04 63 175,
BLZ 702 501 50

vorstand@gjm.de

www.gjm.de

www.gjhs.gruene-ml.de

www.gruene-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de
www.petra-kelly-stiftung.de
www.gribs.net

Kassier:

Peter Triebswetter
Am Stiergarten 33
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
fon: 08102 / 99 84 43
peter.triebswetter@online.de

Beisitzer:

Robert Gerb
Wolftratshäuser Str. 62
82065 Baierbrunn
fon: 089 / 793 48 74
fax: 089 / 74 48 14 20

Beisitzerin:

Kirsten Siebert
Leiblstr. 26A
85579 Neubiberg
fon: 0163-7325951
kirsten.siebert@gmx.net

Kreistagsfraktion Fraktionsvorsitzender

Christoph Nadler
Hohenbrunner Weg 44
82024 Taufkirchen
Tel d: 089 / 41 66 13 78
Tel p: 089 / 6 12 54 01
Fax p: 089) 61 46 92 14
Christoph_Nadler@web.de

Internet:

www.gruene-ml.de

www.gruene-ml.de/fraktion



Großdemos gegen Atomkraft in Bayern!



28.05.2011

ab 13 Uhr in Nürnberg, Landshut und München

Redaktionsschluss für den nächsten Kreisrundbrief: 1. Juni 2011

V.i.S.d.P.: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband München-Land
Markus Büchler, Freisinger Str. 7, 85764 Oberschleißheim



Spenden an:
Die Grünen München-Land
Kontonummer: 280 463 175
Kreissparkasse München-Starnberg
BLZ: 702 501 60